

newsletter 12 / 19. 11. 2001

DER SPIEGEL 46/2001 - 12. November 2001, S. 206

Essay: Alexander S. Kekulé fordert ein Menschenrecht auf natürliches Erbgut
MENSCHENRECHT AUF ERBGUT

Es ist sicher über die Verwendung embryonaler Stammzellen zu streiten. Und auch die Debatte um Präimplantationsdiagnostik tut Not. Doch dürfen wir darüber nicht weit drastischere Biotech-Methoden vergessen, nur weil sie hier zu Lande verboten sind: Die Rede ist von reproduktivem Klonen und Keimbahneingriffen.....

Lesen Sie den ganzen Artikel unter URL: <http://www.spiegel.de/>

(Kommentar Scherrmann: Ich finde dieses Essay aeusserst lesenswert.)

=====
Aus für Kava-Kava

..... . Nun müssen Präparate aus der Wurzel des Rauschpfeffers, die bislang in deutschen Apotheken und Reformhäusern gegen Stress und zur Entspannung frei verkäuflich waren, vom Markt genommen werden.

Dem Bonner Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte liegen 24 Berichte über Leberschäden durch Kava-Kava-Produkte vor; eine Erkrankung verlief tödlich, bei drei Patienten wurde eine Lebertransplantation erforderlich.....

(Quelle REUTERS)

=====
Vom PRESSEDIENST DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES

Berlin: Do, 15.11.2001

Arbeit und Soziales/Gesetzentwurf

KOALITION LEGT GLEICHSTELLUNGSGESETZ FÜR BEHINDERTE MENSCHEN VOR

Berlin: (hib/RAB) SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben einen Gesetzentwurf zur Gleichstellung behinderter Menschen (14/7420) vorlegt. Mit dem Entwurf sollen den Angaben zufolge die Ziele einer Gleichstellung behinderter Menschen beschrieben und die Instrumente, die zur Durchsetzung nötig sind, bestimmt werden.

Die Koalition hat sich insbesondere zum Ziel gesetzt, die Benachteiligung behinderter Frauen zu beseitigen und das Recht hör- und sprachbehinderter Menschen zu stärken, in der Gebärdensprache bzw. lautsprachbegleitenden Gebärden zu kommunizieren.

Um diese Rechte durchzusetzen, sollen Vereine und Verbände der behinderten Selbsthilfe ein öffentlich-rechtliches Verbandsklagerecht erhalten, um gegen Missstände zusammen mit den behinderten Menschen oder auch im eigenen Namen vorzugehen.

Weiter ist vorgesehen, die Träger öffentlicher Gewalt des Bundes zu verpflichten, benachteiligende Maßnahmen über behinderte Menschen sowie eine unterschiedliche Behandlung gegenüber nicht behinderten Menschen zu unterlassen.

Als Kernstück der Initiative bezeichnen SPD und Bündnisgrüne die Herstellung barrierefrei gestalteter Lebensbereiche. Dabei gehe es nicht nur darum, räumliche Barrieren für Rollstuhlfahrer und gehbehinderte Menschen abzuschaffen.

Damit sei auch eine barrierefreie Kommunikation für blinde und sehbehinderte Menschen in den elektronischen Medien gemeint, wie auch die barrierefreie Kommunikation mittels Gebärdensprachdolmetscher. Zu diesen Zweck sollen die entsprechenden Vorschriften über den öffentlichen Personenverkehr, die Gestaltung von Bundesfernstraßen und die Ausgestaltung von Gaststätten angepasst werden.

Auch müssen insbesondere Dienststellen und alle Einrichtungen der Bundesverwaltungen darauf achten, bei Planung, Umbau, Modernisierung und Nutzungsänderungen von Grundstücken diese barrierefrei zu gestalten.

Des Weiteren wollen die Koalitionäre den Anspruch hör- oder sprachbehinderter Menschen normieren, zur Wahrnehmung eigener Rechte und Verwaltungsverfahren mit Behörden der Bundesverwaltung in deutscher Gebärdensprache zu kommunizieren.

Zur Begründung heißt es, mit dem vorliegenden Gesetzentwurf solle dem gewandelten Selbstverständnis behinderter Menschen und dem Paradigmenwechsel in der Politik Rechnung getragen werden. Die Betroffenen wollten in gleicher Weise wie Nichtbehinderte

am gesellschaftlichen Leben teilhaben und nicht nur auf die Fürsorge in der Gesellschaft angewiesen sein.

Die Bundesregierung sei daher bestrebt, möglichst viele Barrieren zu beseitigen, die behinderte Menschen an einer gleichen Teilhabe hindern. Die Koalition kündigt an, ein zivilrechtliches Antidiskriminierungsgesetz vorlegen zu wollen, um in diesem Rechtsbereich den Schutz typischerweise diskriminierter Personengruppen zu gewährleisten.

(Kommentar Scherrmann: Hier sollten meines Erachtens noch einige Forderungen - wie sie z. B. im letzten newsletter in der kurz vorgestellten kalifornischen Gesetzgebung Eingang gefunden haben - eingebracht werden.)

=====

PRESSEDIENST DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES

Berlin: Di, 13.11.2001

Umwelt/Antrag

MOBILFUNKAUFKLÄRUNG UND HANDYKENNZEICHNUNG GEFORDERT

Berlin: (hib/WOL) Die Bundesregierung soll in einer bundesweiten Aufklärungskampagne darüber informieren, wie Handys und Sendeanlagen funktionieren, wie Mobilfunknetze strukturiert sind und welche Auswirkungen die elektronmagnetischen Felder von Basisstationen und Handys haben. Dies fordert die CDU/CSU-Fraktion in einem Antrag (14/7286).

Darüber hinaus soll Sorge dafür getragen werden, dass auf Handys zuverlässige und eindeutige Angaben über Sendeempfangs- und Strahlungseigenschaften vermerkt sind. Neben der Kennzeichnung von Mobilfunkgeräten soll eine kontinuierliche Erforschung der elektromagnetischen Auswirkungen aus den UMTS-Erlösen finanziert werden.

Die wissenschaftlichen Regeln und Kriterien der Weltgesundheitsorganisation sollen nach Ansicht der Union Grundlage der Forschung sein.

Im Weiteren sei dafür zu sorgen, internationale Erkenntnisse der Forschung auf EU-Ebene zusammenzuführen und sicher zu stellen, dass bei der Standortfindung von Sendeanlagen durch die Kommunen Mobilfunkbetreiber und kommunale Spitzenverbände berücksichtigt werden.

Die Fraktion begründet ihre Initiative damit, Berichte über eine Gesundheitsgefährdung oder Schäden durch Mobilfunk hätten viele Menschen verunsichert. Der Bund habe es unterlassen, die Bevölkerung ausreichend über Technik und Auswirkungen zu informieren und auch die Mobilfunkforschung vernachlässigt, obgleich "die Bundesregierung aus dem Verkauf der UMTS-Lizenzen profitiert" habe.

Der Mobilfunk sei aus dem Alltag nicht mehr wegzudenken und werde sich weiter verbreiten. Zudem würden mit der UMTS-Technik (Universal Mobile Telecommunications Systems) neue Nutzungsmöglichkeiten erschlossen. Daher müsse sich der Bund seiner Verantwortung stellen, die Bevölkerung seriös und neutral aufklären, Entscheidungsträger informieren und die Forschung vorantreiben.

=====

Ende des newsletter 12

Alle Angaben ohne Gewähr. Alle Informationen in diesem Newsletter wurden sorgfältig recherchiert. Dennoch kann keine Haftung für die Richtigkeit der gemachten Angaben übernommen werden.

Wenn Sie den newsletter/deutsch nicht mehr erhalten wollen, mailen Sie bitte "Unsubscribe newsletter/deutsch" in der Betreffszeile an info@safer-world.org

Ingrid Scherrmann

Fuchsfeldstr. 50, D-88416 Ochsenhausen, phone: (+ 49) 7352 940529

email: Scherrmann@safer-world.org , info@safer-world.org,

web: <http://www.safer-world.org>

SAFER WORLD ist ein privates unabhängiges nicht-kommerzielles internationales Internet-Informations-Netzwerk für eine gesündere Umwelt